

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

26.1.1928 (No. 22)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: C. A. Meind, Karlsruhe

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14
Telefon: Nr. 953 und 954
Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vertreibung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperr, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Vergütung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: und es wird keinerlei Vergütung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Die Hilfsaktion für die Landwirtschaft

Beschlüsse des Haushaltsausschusses des Reichstags
B.D. Berlin, 26. Jan. (Tel.) Der Haushaltsausschuss des Reichstags lehnte in der Einzelberatung des Landwirtschaftsausschusses eine Reihe von Anträgen der Oppositionsparteien ab. Angenommen wurden dagegen die von den Regierungsparteien in den interfraktionellen Besprechungen formulierten Entschlüsse.

Die erste fordert die Gewährung von zweiten Hypotheken zwecks Umschuldung schwebender Schulden an Landwirte, die in der rationalen Fortführung der Betriebe bedroht sind. Zu diesem Zweck sollen territoriale Kreditinstitute alsbald Vorschüsse von zusammen 100 Millionen erhalten. Nach Bedarf sollen weitere Vorschüsse durch Vergebung von Schatzwechseln beschafft werden. Durch Verhandlungen mit den territorialen Kreditinstituten sollen diese zur Aufnahme von Anleihen veranlaßt werden, die ihnen die Gewährung weiterer Hypotheken ermöglichen. Auch die Kreditlage der Hypothekenschuldner soll durch diese Kredite erleichtert werden. Für den Kleinbesitz sollen nicht zweite Hypotheken, sondern andere langfristige Kreditformen gewählt werden. Bei der Vergebung der Kredite sollen Gutachter der landwirtschaftlichen Selbstverwaltung und der Kreditinstitute mitwirken.

Die zweite Entschließung fordert, daß die durch die Preußenkasse gegebenen Reichskredite erst nach der kommenden Ernte und in Raten bis März 1929 zurückverlangt werden, die dritte verlangt, daß den Landwirten die Preußenkasse durch das Reich so lange belassen werden, daß sie aus den Ernterträgen zurückgezahlt werden können. Nach der vierten Entschließung sind die Landesfinanzämter anzuweisen, daß die durch Anordnung vom 1. Aug. 1927 vorgenommene Erhöhung der Abgaben zur Einkommen- und Umsatzsteuer für nicht-baureisende Landwirte ohne besonderen rückgängig zu machen ist, wo eine Erhöhung der Einnahmen aus dem Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse gegenüber dem vorhergehenden Steuerjahr nicht eingetreten ist. Dabei soll insbesondere bei bäuerlichen Betrieben eine etwaige Entlassung von Lohnarbeitern und deren Erhebung durch Familienangehörige berücksichtigt werden. Nach der fünften Entschließung sind die Landesfinanzämter anzuweisen, daß sie Anträge auf den Erlass von Zinsen für steuerlichen Rücklagen tragen. Nach der sechsten Entschließung soll sich die Reichsregierung einen gebührenden Einfluß bei der Verteilung und Verwendung der Mittel sichern.

In der siebenten Entschließung wird die Reichsregierung um Vorlegung einer Denkschrift über die wirtschaftliche und soziale Lage der Landarbeiter und über die Belastung der Landwirtschaft durch die sozialen Einrichtungen ersucht. Angenommen wurde ferner ein deutschnationaler Antrag, daß die Preise für die künstlichen Düngemittel tunlichst bis auf weiteres in ein angemessenes Verhältnis zur Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung gebracht werden.

Innerhalb der Regierung und der ihr nahestehenden parlamentarischen Kreise ist die Frage erörtert worden, wie diese Kreditgewährung auf den Reparationsagenten wirken wird. Man wird infolgedessen mit ihm in Fühlung treten.

Fertigstellung des Kutisker-Urteils

B.D. Berlin, 26. Jan. (Tel.) Das mit der Durchführung des zweiten Kutiskerurteils betraute Gericht hat jetzt, nachdem der vielgenannte Angeklagte, Iwan Kutisker, im Herbst vorigen Jahres während des Prozesses gestorben ist, das Urteil gegen ihn fertiggestellt, das nicht weniger als 500 Druckseiten umfasst. Das Gericht würdigt in diesem Urteil sehr ausführlich die zweite Beweisaufnahme und kommt zu dem Schluss, daß Kutisker wesentlich milder bestraft worden wäre und das Gericht nur auf Gefängnisstrafe erkannt hätte, wenn der Hauptangeklagte das Urteil erlitten haben würde. Das Gericht erlitt einen sehr erheblichen Widerungsgrund in dem Verhalten der früheren Staatsanwaltschaften Kälbe und Hellwig, die es Kutisker nur allzu leicht gemacht hätten, seine Schwimdbelien auszuführen. Beide Beamte der Staatsbank hätten es an der in ihrem Amte unerlässlichen Sorgfalt fehlen lassen und so sei auch durch ihr Verschulden die Schuld des Angeklagten immer größer geworden. Auch die übrigen Angeklagten sind in dem zweiten Urteil besser fortgekommen. So wurde der angeklagte Kaufmann Grieger, der frühere Direktor der Mechanischen Treibriemenfabrik in Tempelhof, gänzlich freigesprochen, während der älteste Sohn Kutiskers, Alexander Kutisker, anstatt 6 Monaten 3 Monate Gefängnis erhielt. Gegen dieses Urteil hat Alexander Kutisker Revision eingelegt, so daß nunmehr auch das Reichsgericht als dritte Instanz sich mit dem Fall des verstorbenen Kutisker wird befassen müssen.

Das Reichskabinett beschäftigte sich am Mittwoch laut „D. A. Ztg.“ nicht nur mit dem Problem der landwirtschaftlichen Nothilfe, sondern auch mit Fragen der Außenpolitik, insbesondere Völkerbundfragen, und ferner mit der Vorbereitung der Einsetzung des von der Länderkonferenz in Aussicht genommenen 18köpfigen Verfassungsausschusses für die Reichsreform. Als letzter Punkt stand auf der Tagesordnung das Liquidationsschicksal des Reichstags, zu dem die Regierungsparteien neue Vorschläge angelegt haben.

Verlegung der Oberpostdirektion Darmstadt? Wie der „Deutsche Volksfreund“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, soll das Reichspostministerium endgültig beschlossen haben, die Oberpostdirektion Darmstadt zu verlegen. Sie soll ihren Sitz zukünftig entweder in Frankfurt a. M. oder Karlsruhe haben.

Letzte Nachrichten

Die Abänderung des Reichswahlgesetzes

M. Berlin, 26. Jan. (Priv.-Tel.) Am heutigen Nachmittag finden im Reichstag weitere Verhandlungen zwischen den Regierungsparteien in enger Fühlungnahme mit Demokraten und Sozialdemokraten über die Abänderung des Wahlgesetzes statt. Der Gedanke, die Wahlsätze, die bisher das Reich bezogte, wieder den Parteien zuzuschreiben, kann als abgelehnt gelten. Auch gegen eine Erhöhung der Unterschriftenzahl machen sich starke Bedenken bemerkbar. Dagegen dürfte als Voraussetzung für die Nominierung von Kandidaten eine erhebliche Kaution gefordert werden.

Die 26%ige Reparationsabgabe

M. Berlin, 26. Jan. (Priv.-Tel.) Gestern fanden in Paris auf dem Quai d'Orsay Verhandlungen über die Abklärung der 26prozentigen Reparationsabgaben auf deutsche nach Frankreich eingeführte Waren statt. Drei französischen Sachverständigen standen ebensoviel deutsche gegenüber. Ferner wurde auch der Reichsvertreter bei der Reparationskommission zugezogen. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Die amerikanische Handelsbilanz

M. Berlin, 26. Jan. (Priv.-Tel.) Das amerikanische Außenhandelsamt gibt, wie aus New York gemeldet wird, bekannt, daß in den 11 Monaten des Jahres 1927 (ohne Dezember) die Ausfuhr einen Wert von 4457 Millionen Dollar, die Einfuhr einen solchen von nur 3852 Millionen Dollar hatte. Die amerikanische Handelsbilanz weist somit vorläufig einen Ausfuhrüberschuß von 600 Millionen Dollar auf, eine Summe, die gerade der Höchstsumme der von Deutschland nach dem Dawesplan vom Herbst ab zu zahlenden Jahresleistung entspricht.

Waldemaras in Berlin

Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat Mittwoch nachmittag den litauischen Ministerpräsidenten Waldemaras zu einer Unterredung empfangen, die über zwei Stunden dauerte. Die Besprechungen werden während der nächsten Tage fortgesetzt.

Waldemaras schreibt in der „D. Z.“ über die deutsch-litauischen Beziehungen: Das wichtigste Problem für Litauen ist nach der Wilna-Frage gewiß die deutsche Frage. Wir sind uns der Notwendigkeit durchaus bewußt, unseren deutschen Staatsbürgern im Rahmen der Verfassung in jeder Weise entgegenzukommen. Die litauische Regierung weiß sich frei von jeder Feindseligkeit gegen die deutsche Minderheit (?). Ich verhoffe, daß wir in Zukunft Übergänge einzelner Stellen gegen das Deutschtum in Litauen noch weniger dulden werden als bisher. Ich selbst werde mich wegen jeder einzelnen Klage, die mir zu Gehör kommt, mit dem Gouverneur in Verbindung setzen. Persönlich übernehme ich die Verantwortung dafür, daß unsere deutschen Staatsbürger keinen Grund mehr zu Klagen haben werden. Wie sehr die litauische Regierung die deutsche Kultur zu schätzen weiß, hat sie durch Errichtung und Erhaltung eines deutschen Gymnasiums in Kowno bewiesen. Darüber hinaus wünschen wir aufrichtige politische Zusammenarbeit mit dem Deutschen Reich.

Vitauische Zusicherungen und Beteuerungen sind nach den gemachten Erfahrungen mit größter Vorsicht aufzunehmen. Litauen hat sich bisher bei keiner Gelegenheit als verträglich erwiesen. Mit Recht schreibt die „Deutsche Allg. Ztg.“, die darauf hinweist, daß die Vitauer nun 6 Jahre in Memel sitzen: Wenn es Litauen wirklich aufrichtig darum zu tun ist, sich mit Deutschland zu verständigen, und in Freundschaft zu leben, dann muß das nicht allein mit Worten gesagt, sondern auch durch die Tat bewiesen werden. Die Brücke von Deutschland nach Litauen führt über das Remelegebiet. Dies hat der litauische Ministerpräsident so schön gesagt. Dann darf er das Remelegebiet aber auch nicht so behandeln lassen, daß es zu einer Scheidewand werden muß. Bei den bevorstehenden Verhandlungen wird es sich auch wieder zeigen, ob die litauische Freundschaft Deutschland gegenüber echt ist.

M. Berlin, 26. Jan. (Priv.-Tel.) Zu den Verhandlungen über den deutsch-litauischen Handelsvertrag erfahren wir, daß man mit einer zwei- bis dreitägigen Dauer rechnet. Vorläufig haben die Verhandlungen der Sachvertrater eingeleitet. Eine Besprechung zwischen Waldemaras und Stresemann ist noch nicht in Aussicht genommen. Aber die Einzelheiten wird vorläufig nicht bekannt gegeben, sondern erst nach dem Abschluß der Verhandlungen ein kurzes Communiqué veröffentlicht werden.

Die französischen Gewerkschaften und die Wahlen

B.D. Paris, 26. Jan. (Tel.) Der Verwaltungsausschuss des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes (CGT) hat gestern im Gegensatz zu den Gewerkschaften Moslauer Richtung beschlossen, daß während der Wahlperiode kein Gewerkschaftssekretär das Wort ergreifen soll, außer in rein gewerkschaftlichen Versammlungen. Dadurch ist die Neutralität des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes gegenüber allen politischen Parteien proklamiert worden.

Staatspräsident Remmele über Einheitsstaat und Länderkonferenz

Am vorigen Montag hat der bayerische Ministerpräsident Dr. Selb den Vertretern der Münchener Presse seine Ansichten über die Berliner sog. Länderkonferenz mitgeteilt. (Wir haben unseren Lesern am Dienstag davon Kenntnis gegeben.)

Da ist es nun interessant, die gleiche Frage in der Auffassung des badischen Staatspräsidenten Dr. Remmele behandelt zu sehen. Er sprach darüber am Sonntag vormittag in einer Funktionärsversammlung der Sozialdemokratischen Partei in Karlsruhe. Staatspräsident Dr. Remmele führte dort aus:

Nun stehen wir mitten in der theoretischen Auseinandersetzung über den Einheitsstaat. Bei meinem Vortrag vor Ihnen am 7. Dezember letzten Jahres schloß ich mit dem Bekenntnis zu einer Zwischenlösung: Preußen solle seinen Provinzen höhere Autonomie geben. Die dann noch verbleibenden Regierungsgeschäfte des Staatsverbandes Preußen könnten womöglich von einer Reichsregierung übernommen werden, in welcher sich neben anderen jeweils von Preußen gestellte Minister befinden. Im alten Reich bestand ja auch ein Dualismus zwischen dem Reich und Preußen, der durch eine Personalunion in der Regierung behoben wurde. Souveränität und Verwaltungszuständigkeiten der süddeutschen Länder seien entsprechend der Entwicklung der Reichsregulativ zu bereinigen, wodurch sich eine Annäherung der Hoheits- und Verwaltungszuständigkeit mit den norddeutschen Ländern ergebe. Ein regionaler Aufbau des anzustrebenden Einheitsstaates schwebte mir dabei vor und meine Auffassung, daß wir es somit vor allen Dingen mit einem preussischen Problem zu tun haben, hat sich in den letzten Wochen nur noch vertieft. Die totale Verschlingung Preußens und die Auflösung dieses Landes in völlig selbständige Länder birgt eine große Gefahr in sich; auch schafft sie die Gefahr der Ausfaltung des Einflusses der Sozialdemokratie auf die Verwaltung Preußens, wie überhaupt auf die Verwaltung der Länder. Reichstagsabgeordneter Erich Koch, der Führer der Demokratischen Partei, durch den Reichstagsabgeordneten wohl der ausgesprochenste Unitarier, sagt hierüber in seinem neuen Buch „Einheitsstaat und Selbstverwaltung“, der Bestand Preußens wirkt unitarisch und seine Auflösung zentrifugal. 1919 habe die Verschlingung Preußens zur Erörterung gestanden. Mittlerweile müsse man zugeben, daß es damals, wie die Geschichte aufweist, ein Fehler war, diese Forderung zu stellen. Es sei ein Glück gewesen, daß die Deutsche Republik in diesen Jahren ein kraftvolles Preußen gehabt habe. Auch für die nächste Zukunft steht es so, daß die Sozialdemokratische Partei nur zeitweise der Reichsregierung angehöre. Ich wies dann noch in meinem Vortrag darauf hin, es sei eine Forderung unserer Zeit, daß die plan- und sinnlose Entwicklung zum bürokratischen Zentralstaat Deutschland, in welcher wir uns zurzeit befinden, abgedroselt wird.

Ein parteigenössischer Freund schrieb mir im Anschluß an meinen ersten Vortrag, „die bisherige Gliederung des Reiches sei ein Produkt der preussischen Gewaltpolitik von ehem. Diese Gewaltpolitik sei auf halbem Wege stehen geblieben. Wäre diese ganz durchgeführt worden, so würden die Schwierigkeiten jetzt leichter zu überwinden sein. So wie die Dinge heute liegen, ist Deutschland krank an Preußen, und Preußen krank an seinen Eroberungen von 1864/66. Ohne diese Eroberungen würde der Zusammenschluß der mittel- und norddeutschen Kleinstaaten des Reiches viel leichter sein. Jeder Weg über Preußen zum Reich ist ungangbar. Wir brauchen eine Gliederung des Reiches in einer geringen Anzahl von Stammestaaten, die möglichst zugleich Wirtschaftsprövinzen sein müssen und eine scharfe Teilung der Kompetenzen zwischen Reich und Gliedstaaten.“

Die Literatur der jüngsten Wochen über dieses Problem weist immer wieder auf dessen Kompliziertheit hin. In der Ablehnung des bürokratischen Zentralismus des Reiches herrscht Einmütigkeit; auch in der Zurückweisung des in Bayern bodenständigen Partikularismus. Keine Klärung der Meinung aber besteht in der Frage, ob das unitarische Reich überhaupt zuwege gebracht werden soll. Hierin geht der Riß durch alle Parteien. Hüper-Wilhelm will ein dezentralisiertes Preußen als Reichsland und die süddeutschen Staaten bis auf weiteres in ihrer alten Form erhalten. Also eine neue Mainlinie, ähnlich wie zur Zeit des norddeutschen Zollvereins. Ministerialdirektor Dr. Ritter möchte die Stadt Berlin reichsunmittelbar erklärt haben. In Frankfurt a. M. spielen politische Kreise mit dem Gedanken, Nassau, Hessen und Niederrhein bis gegen Bruchsal hin zu einem Süddeutschland mit der Hauptstadt Frankfurt zu vereinigen. Wer schon soweit ist in seinen Gedanken mit der Einteilung der neuen Reichslande, der muß natürlich den Ausgang der Länderkonferenz als eine große Rente bezeichnen. Anders denkt, wer die föderalistischen und die unitarischen Kräfte richtig einzuschätzen weiß und wer die Neuordnung der Dinge auf dem verfassungsmäßigen Boden vollzogen wissen will.

Die Konferenz der Länderregierungen

war auf Anregung unitarischer orientierter Länderminister einberufen worden, welche sich von ihr eine Verfindung über die Neuverteilung der Kompetenzen für Reich und Länder erhofften. Wie Ministerpräsident Braun auf der Konferenz zum Ausdruck brachte, ist man bei der neuen Reichsverfassung auf der Treppe, die zum Einheitsstaat führt, hinaufgestiegen; jetzt sitze man mitten auf derselben ohne zu wissen, was nun weiter werden soll. Die Föderalisten wollten die Stiege wieder hinunter, die Unitarier dieselbe ganz hinauf. Der Umstand, daß die Reichsregierung zur Besprechung dieser Materie die Konferenz einberief, daß sie neben Föderalisten auch Unitarier zu Referenten bestellte, daß sie

Badischer Teil

Aus dem badischen Staatsvoranschlag

Nach dem dem Badischen Landtag überreichten Staatsvoranschlag (Vorläufiger Gesetzentwurf) über die Regelung des Staatshaushalts für die Jahre 1928/29 betragen die ordentlichen Ausgaben jährlich 281 210 310 RM und die ordentlichen Einnahmen jährlich 275 812 790 RM. Der Mehrbetrag der ordentlichen Ausgaben beträgt demnach jährlich 5 397 520 RM und für die beiden Jahre 1928 und 1929 zusammen 10 795 100 Reichsmark.

Die außerordentlichen Ausgaben betragen für die beiden Jahre 89 651 550 RM und die außerordentlichen Einnahmen 28 157 130 RM. Danach beläuft sich der Mehrbetrag der außerordentlichen Ausgaben auf 13 494 420 RM. Hierzu kommen noch aufrechterhaltende Kreditleistungen des außerordentlichen Etats der Jahre 1926 und 1927 im geschätzten Betrage von rund 18 300 RM. Demnach werden für den außerordentlichen Etat zusammen 18 512 720 RM aufgewendet. Hieraus ergibt sich ein Fehlbetrag für 1928 und 1929 von zusammen 24 307 820 RM. Der Bedarf für den umlaufenden Betriebsfonds der allgemeinen Staatsverwaltung wird bis auf weiteres auf 15 Millionen Reichsmark festgelegt.

Landtag

In der Hauptabteilung I (Landtag) sieht der Voranschlag an Ausgaben jährlich 556 600 RM vor, das sind gegen bisher 740 RM weniger. Die Einnahme wird geschätzt auf 8700 RM, das sind 1900 RM mehr.

Staatsministerium

Hauptabteilung II (Staatsministerium) sieht an Ausgaben 244 910 RM vor gegenüber 212 220 RM bisher jährlich; das wären also 32 690 RM mehr. Die Einnahmen sind mit 2300 Reichsmark eingestellt gegenüber bisher 200 RM jährlich. Die Gehaltsliste in Berlin erfordert eine Ausgabe von 79 910 RM jährlich gegenüber 69 400 RM bisher, demnach 10 510 RM mehr.

Ministerium des Innern

Wesentlich höher als die oben genannten Summen sind die für die Hauptabteilung III (Ministerium des Innern) angeforderten. Die Ausgaben sind mit 61 045 100 RM eingeseht gegen bisher jährlich 47 761 050 RM; das wären also 13 284 050 RM mehr. Im außerordentlichen Etat sind für die beiden Jahre zusammen 8 230 400 RM vorgesehen. Aus der Zusammenstellung seien im folgenden die wichtigsten Posten hervorgehoben. Es werden an Ausgaben verlangt: Für das Ministerium des Innern jährlich 1 114 600 RM (mehr gegen bisher 58 200 RM), Verwaltungsgerichtshof 96 700 RM (8000 RM mehr), Bezirksverwaltung 8 167 400 RM (mehr 288 900 RM), Polizei und Gendarmerie 18 791 700 RM (mehr 1 288 000 RM), Soziale Versicherung 1 164 000 RM (mehr gegen bisher 914 100 RM), Wohlfahrtspflege 16 428 500 RM (mehr 8 885 000 RM), Heil- und Pflegeanstalten 6 866 200 RM (mehr 393 300 RM), Badeanstalten 967 400 RM (mehr 117 600 RM), Landwirtschaft und Ernährung 5 399 600 RM (mehr 769 050 RM). Sämtliche Abteilungen mit Ausnahme des Polizeilichen Arbeitsaufwandes, der Landesbrandrenten und der Weisthien weisen höhere Ausgaben, als bisher auf.

Justizministerium

Hauptabteilung IV (Justizministerium) erfordert Gesamtausgaben in Höhe von 20 102 000 RM jährlich gegen bisher 17 438 900 RM (Mehr 2 663 100 RM). Die Summe der Ausgaben im außerordentlichen Etat beträgt 281 700 RM. Das Ministerium erfordert einen Aufwand von 892 100 RM (mehr 24 400 RM), Gerichte und Staatsanwaltschaften benötigen 8 820 100 RM (mehr 990 700 RM), Rotarier und Grundbuchämter 2 572 990 RM (mehr 319 090 RM), Fürsorgeverwaltung auf Grund des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt 1 097 700 Reichsmark (mehr 139 500 RM), Strafanstalten 4 830 050 RM (mehr 868 550 RM). Die allgemeinen Ausgaben für die Rechtspflege betragen 2 469 670 RM (mehr 721 570 RM). An Einnahmen sind vorgesehen 13 855 500 RM gegen 11 987 100 RM jährlich (mehr 1 868 400 RM). Die allgemeine Justizverwaltung bringt Einnahmen in Höhe von 10 607 000 Reichsmark (1 165 000 RM mehr). Die Strafanstalten 2 269 800 Reichsmark (mehr 129 700 RM). Die Einnahmen im außerordentlichen Etat betragen für die beiden Jahre zusammen 11 200 RM.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Auch die Ausgaben für Hauptabteilung V (Ministerium des Kultus und Unterrichts) weisen eine Steigerung auf und zwar in Höhe von 7 506 180 RM. Der Voranschlag der Ausgaben beläuft sich auf 76 193 100 RM jährlich gegen bisher 68 687 000 RM. Der außerordentliche Etat weist für die beiden Jahre zusammen 5 155 330 RM auf. An der Spitze der Ausgaben steht das Unterrichtsministerium mit 69 118 880 RM jährlich gegen bisher 61 932 600 RM, also mehr 7 186 080 RM. Dann folgen Wissenschaften und Künste mit 3 198 500 RM (160 000 RM mehr).

Die Einnahmen werden auf 20 182 300 RM geschätzt gegen bisher jährlich 17 262 600 RM, also 2 919 700 RM mehr. Die Höchstsumme der Einnahmen rekrutiert sich aus dem Unterrichtsministerium mit 18 655 410 RM jährlich oder 2 928 210 RM mehr gegenüber bisher. Wissenschaften u. Künste bringen eine Einnahme von 1 476 890 RM gegen bisher 1 493 400 RM, also 16 510 RM weniger.

Rechnungshof

In Hauptabteilung VI (Rechnungshof) betragen die jährlichen Ausgaben 265 810 RM (gegen bisher 255 240 RM, das sind 10 570 RM mehr). Die Einnahmen belaufen sich auf 750 RM gegen bisher 640 RM.

Finanzministerium

Hauptabteilung VII (Finanzministerium) weist von sämtlichen Abteilungen die höchsten Posten auf, nämlich jährliche Ausgaben in Höhe von 122 802 650 RM gegen bisher jährlich 98 618 030 RM, das sind also 24 184 620 RM mehr. Im außerordentlichen Etat kommen dazu noch 30 984 120 RM für beide Jahre zusammen hinzu. Aus den 16 Titeln des Voranschlags greifen wir folgende heraus: Der Aufwand für das Ministerium beträgt 492 130 RM (mehr 76 330 RM), jener für die Steuerverwaltung 50 807 140 RM (mehr 7 023 290 RM), jener für das Hochbauwesen 1 186 760 RM (mehr 252 480 RM), der für Domänen und Forsten 16 575 160 RM (mehr 2 529 920 Reichsmark), der für Wasser- und Straßenbau 11 563 160 RM (weniger 784 720 RM), der für Hafenverwaltung 1 708 430 Reichsmark (mehr 316 280 RM). Die Ausgaben für Ruhegehälter und Hinterbliebenenversorgung sind mit jährlich 21 517 550 RM eingeseht (mehr 1 410 700 RM).

An Einnahmen sind jährlich bei diesem Ministerium 204 934 480 RM vorgesehen (mehr 17 026 650 RM). Weiter beträgt die Einnahme im außerordentlichen Etat für die beiden Jahre zusammen 23 069 000 RM. Die Steuerverwaltung hat eine Einnahme von 171 082 600 RM (mehr 16 620 700 RM), Domänen und Forsten 23 552 250 RM (mehr 3 084 250 RM), Wasser- und Straßenbau 5 952 300 RM gegen bisher jährlich 7 504 300 RM oder 1 552 000 RM weniger. Hafenverwaltung 1 711 800 RM (mehr 226 650 RM)

Amortisationskasse

Der Voranschlag der Amortisationskasse sieht an Ausgaben 9 687 888 RM vor gegenüber bisher jährlich 6 350 440 RM, das sind 3 337 448 RM mehr. Die Einnahmeziffern sind die gleichen.

Badischer Landtag

St. Karlsruhe, 25. Jan.

Die Obstruktion der Kommunisten

Auch in der Nachmittags-Sitzung verhielten die Kommunisten in ihrer Obstruktion. Über jedes einzelne Gesetz mußte berichtet werden und dazu ergrieff stets ein Kommunist das Wort. Nur bei einer Eingabe wegen Ermäßigung der Gebäudebesondersteuer entspann sich eine längere Debatte über die Frage, ob der Landtag zuständig sei, bei Betreffen, die bereits das Staatsministerium passiert haben, und auf Grund der bestehenden Gesetze ihre Erledigung fanden, in eine materielle Erörterung einzutreten.

Die Aussprache endigte mit der Zurückverweisung des in Frage kommenden Gesetzentwurfs an den Ausschuss. Die Angelegenheit wird zunächst zur Herbstberatung einer grundsätzlichen Stellungnahme in den Fraktionen besprochen werden. Gegen 16 Uhr konnte der Präsident die Sitzung schließen. Nächste Sitzung unbestimmt.

Fraktionsitzungen

Am kommenden Dienstag werden sämtliche Fraktionen Sitzungen abhalten, um zu den in der Staatsdebatte des Finanzministers aufgeworfenen grundsätzlichen Fragen Stellung zu nehmen.

Die deutsche Postkontrolle in den internationalen Zügen

Um die langen Wartezeiten für die internationalen Züge auf dem badischen Bahnhof zu Basel abzufürzen, wurde zwischen der Schweiz und Deutschland ein Abkommen über die Regelung der Zoll-Postkontrolle der Verbindungsbahn Basel-Schweizer Bundesbahnhof, badischer Bahnhof getroffen. Deutschland wird das Recht zugesprochen, auch vollständige Zoll- und Postkontrollen in den Zügen der Verbindungsbahn von Basel-Bundesbahnhof nach Basel badischer Bahnhof vorzunehmen. Die Bahnstationen können sowohl von deutschen Polizeibeamten, als auch von deutschen Beamten vorgenommen werden. Im Bundesbahnhof zu Basel, zu dem sie sich nach Möglichkeit mit den Zügen der Verbindungsbahn zu begeben haben, soll ihr Aufenthalt auf das unumgänglich notwendige Mindestmaß beschränkt werden. Die Amtshandlungen beschränken sich auf die Feststellungen, ob die nach Deutschland Einreisenden deutschen Pass- und Zollvorschriften Genüge tun oder nicht. Im Falle eines notwendigen Besuchs der Grenzbeamten haben sich die deutschen Behörden ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit des Fehlbaren an die Schweizer Beamten zu wenden.

Aus den Parteien

Am Sonntag versammelte sich in Baden-Baden der Handels- und Industriebeirat der badischen Zentrumspartei, um zu schwebenden wirtschaftlichen Fragen Stellung zu nehmen. Außer Finanzminister Dr. Schmitt hatten sich auch der Landtagspräsident Dr. Baumgartner, verschiedene Landtagsabgeordnete und der Vorsitzende des württembergischen Beirates eingefunden.

Die Aussprache war ziemlich erschöpfend. Ihre lagen etwa folgende Hauptgedanken zugrunde: Da die heutige Lage der verarbeitenden Industrie äußerst ernst sei, Klein- und Mittelindustrie einen schweren Weg erhebe, werde die Steuererleichterung gut daran tun, in Zukunft mehr als bisher bei Neubearbeitung vorher sich konkrete Unterlagen aus dem Volke zu beschaffen; denn es bestehe die Gefahr, daß die Wirtschaftsvermögen fiskalisch ausgehöhlt werden. Dazu verfolge die verarbeitende mittlere Industrie nicht über das nötige Geld zur Modernisierung und Rationalisierung ihrer Betriebe. Große Kapitalien fließen dem Fiskus zu. Den unternehmenden Kräften in Landwirtschaft, Handel und Gewerbe dürften nicht die Hände gebunden werden und zwar nicht zuletzt aus dem Grunde, weil sie doch den heillosen Volksgenossen Arbeit verschaffen. Die Anleihepolitik des Reichsbaupräsidenten wurde lebhaft kritisiert. Dazu wurde eine Neubearbeitung der Finanzlage verlangt. Von staatspolitisch konsolidierender Bedeutung wäre eine Stärkung der Stellung des Finanzministers. Man müsse ein Vetorecht anstreben, das das Kabinett und der Landtag nur mit qualifizierter Mehrheit aufheben könne. Auch Mißtrauensvoten gegen den Finanzminister dürften nur mit derselben qualifizierten Mehrheit ausgeprochen werden. Geschiehen werden müsse eine reichsgefächerte Verhältnis zwischen Einnahmen- und Verhältnissen. Auch das Kapitel Einheitsstaat wurde angeschnitten und dabei die Parole ausgegeben: „Hände weg vom Einheitsstaat!“ Der Einheitsstaat drücke Baden vollends wirtschaftlich an die Wand, weil bereits heute der wirtschaftliche Schwerpunkt im Norden liege. Die nächste Tagung wird zusammen mit dem württembergischen Beirat der Zentrumspartei in Forzheim stattfinden.

Der „N. Bad. Landesztg.“ zufolge hat nun auch die Reichspartei für Volksrecht und Aufrichtung gegen das Land Baden beim Staatsgerichtshof Klage wegen Wahlrechtsbeschränkung eingereicht.

Tagungen

Der Verein für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik e. V. hat die Mitglieder seines Vorstandes und Arbeitsausschusses sowie hervorragende Kommunalpolitiker, Vertreter der Ministerien und der Kreise zu einer Tagung eingeladen, die am 28. Januar in Mannheim stattfinden wird. Dabei werden Berichte erstattet über Das Problem der Großgemeinde. Berichterstatter: Ministerialdirektor Dr. v. Leyden, Preussisches Ministerium des Innern, Berlin. Währung und Anleihen. Berichterstatter: Alfred Kautzsch, Herausgeber der Zeitschrift „Die Bank“, Berlin. Die Teilnahme von Gästen ist nach vorheriger Anmeldung bei der Geschäftsstelle des Vereins, Berlin-Friedenau, Rheingaustr. 25, gestattet.

Chirurgischer Kongress. Am 28. Januar wird in Heidelberg der mittelhessische Chirurgenkongress abgehalten werden. Verband der Grossisten des Edelmetallgewerbes. Die Bezirksgruppen Württemberg und Baden des Verbandes der Grossisten des Edelmetallgewerbes e. V. hielten in Forzheim eine gemeinsame gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Der Verbandsdirektor, Dr. v. Adernann, Berlin, sprach über die augenblicklich wichtigsten Großhandelsfragen. Er führte aus, daß die Bedeutung des Grossisten für die Absatzsteuerung auf dem deutschen Markt von den Fabrikanten jetzt rückhaltlos anerkannt werde.

Landesausschüttung des Badischen Verkehrsverbandes. Der Landesausschuss des Badischen Verkehrsverbandes tritt am 30. Januar in Karlsruhe zu einer Arbeitssitzung zusammen. Die Tagesordnung umfaßt mehrere für das badische Verkehrsleben wichtige Punkte; von denen die Durchführung einer erweiterten Verkehrspropaganda in diesem Jahre besonders hervorzuheben ist.

Gemeinde-Rundschau

Der Stobau in Heidelberg. Der Heidelberger Stadtrat hat den bereits einmal abgeänderten Entwurf des von der Heidelberger Herrnmühle geplanten hart umkämpften Stobanes abgelehnt, weil er eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes darstelle. Nunmehr wird sich noch der Bezirksrat mit dieser Sache zu befassen haben.

Bürgermeisterwahl in Baden-Baden. Die Neuwahlen für den Posten des Oberbürgermeisters und des Bürgermeisters in Baden-Baden sind nach Beschluß des Stadtrates auf den 8. Februar festgelegt.

Der Bürgerausschuss Ettlingen beschäftigte sich mit der Vorlage betr. Feststellung und Aufbringung des endgültigen ungedeckten Aufwandes für das Rechnungsjahr 1927/28. Nach etwa dreistündiger Beratung wurde der Antrag des Gemeinderates mit 35 gegen 25 Stimmen genehmigt. Dagegen stimmten die Fraktion der Wirtschaftspartei geschlossen, die Vereinigte Liste und der größere Teil der Bürgervereine. Die Demokraten enthielten sich der Abstimmung. Der Betrag des ungedeckten Aufwandes von 310 000 RM ist wie folgt aufzulegen: Zur Aufbringung der auflagepflichtigen Werte des Bürgernebens mit 18 947 RM und zur Aufbringung der restlichen 291 053 RM werden folgende Steuererhöhen: 1. aus dem Grundvermögen 83 Pf., 2. aus dem Betriebsvermögen 83 Pf. je pro 100 RM Steuerwert, 3. aus Gewerbeertrag bis zu 10 000 RM 4,95 RM, über 10 000 RM 6,19 RM je pro 100 Reichsmark Steuerwert.

Preisaus schreiben für ein Verbeplafat für Bad Dürkheim. Die Kurverwaltung Bad Dürkheim setzt drei Preise, 300, 200 und 100 RM für die besten Entwürfe eines Verbeplafates aus.

Der Verzicht auf einen Oberbürgermeisterposten in Dierach. Nach dem Weggang von Oberbürgermeister Dr. Guelmeyer in Dierach, der über 20 Jahre an der Spitze der Stadtverwaltung stand, wird der Posten eines Oberbürgermeisters in Dierach vorläufig nicht wieder besetzt werden. Der seit 1923 amtierende Bürgermeister Dr. Grafer soll nach einem Beschluß des Stadtrates die bürgerlichen Funktionen ohne Oberbürgermeister ausüben. Bei seiner Abwesenheit übernehmen die Stadträte abwechselnd seine Vertretung. Zu dem Beschluß hat die wesentlich geringere Inanspruchnahme des Bürgermeisters den Anstoß gegeben. Die städtische Polizei ist seit dem vorigen Sommer verstaatlicht, das vormals bestehende Gewerbe- und Kaufmannsgericht ist als Arbeitsgericht dem Amtsgericht angegliedert worden, auch haben sich die Geschäfte des städtischen Wohnungsamtes bedeutend vermindert.

Bei der Bürgermeisterwahl für die Gemeinden im Glottertal erhielt Emil Sifinger die meisten Stimmen, nämlich 80. Andere Bürger erhielten 30 und weniger Stimmen. Da aber kein Kandidat aufgestellt war, gilt die Wahl nicht. Zumeist hat der erstgenannte die meiste Aussicht für Übertragung des Bürgermeisterpostens.

100 Jahre Gemeinde Jach. Die Gemeinde Jach (Amt Baldkirch) kann in diesem Jahre auf ein hundertjähriges Bestehen zurückblicken. Sie ist entstanden aus den beiden früheren Gemeinden Unterjach mit 3220 Seelen und einem Stadthalter und Oberjach mit 326 Seelen und einem Vogt. Seither stehen an der Spitze Bürgermeister, deren erster der Vogt Christian Burger aus dem Reichengrund war.

Die Einwohnerzahl von Singen a. S. beläuft sich am 1. Januar 1928 auf 13 651. Gegenüber der Vorzählung vom 16. Juni 1925 wäre dies ein Mehr von 2181.

Kinderschulneubau in Leopoldshöhe. Um den in Leopoldshöhe als notwendig empfundenen Neubau einer Kinderschule zu ermöglichen, hatte man beschlossene, Zeichenscheine über je 10 RM auszugeben. Das große Interesse der Bevölkerung zeigt sich darin, daß bereits die ersten 6000 RM überschritten sind, so daß man hofft, bis Ostern die Grundsteinlegung für den Kinderschulneubau vornehmen zu können.

Aus der Landeshauptstadt

90. Geburtstag. Buchdruckereibesitzer Ernst Stief kann heute bei bemerkenswerter körperlicher und geistiger Frische seinen 90. Geburtstag feiern. Er wurde im Jahre 1838 in Dürmenz (Mühlader) geboren. Im Jahre 1882 siedelte er von Stuttgart nach Karlsruhe über, wo er eine kleinere Druckerei erworben hatte, die er zu guter Entwicklung brachte. Noch heute nimmt der Jubilar an den Bestrebungen des Buchdruckervereins regen Anteil.

Todesfall. Im 86. Lebensjahr starb in Baden-Baden Privatier Friedrich Feuerhake. Er war in Karlsruhe durch seine Tätigkeit als Theaterkritiker bekannt.

Farbe im Stadtbild. Die im Badischen Landesgewerbeamt in Karlsruhe veranstaltete Ausstellung „Die Farbe im Stadtbild“ wurde von 3000 Personen besucht. Hierdurch ist bewiesen, welches Interesse in den weitesten Kreisen für dieses Problem besteht.

Süddeutsche Banknoten in Berliner Hotels. Die Verweigerung badischer Banknoten als Zahlungsmittel außerhalb Badens hat zu verschiedenen Mißständen geführt, die leider noch nicht überall beseitigt sind. Um die Gäste vor unnötigen Geldwechslergeschäften zu schützen, hängt in den Berliner Hotels ein Plakat aus, daß süddeutsche Banknoten in Zahlung genommen werden.

Colosseum-Theater Karlsruhe. Die Revue „Das lebende Magazin“, ein Reigen von Schönheit, Liebe und Leidenschaft, welche unter der Direktion des Herrn Em. Tauffig, hier solche Erfolge errang, bleibt nur noch bis einschließlich 31. d. Mis. hier. Am kommenden Sonntag, den 29., ist die letzte Nachmittagsaufführung mit ungekürztem Programm, die besonders den auswärtigen Besuchern empfohlen wird. Ab Mittwoch, den 1. Februar, trifft die Weltensensation, der König der Artisten, „Salvator Schaffer“, mit einem erstklassigen, hier noch nie gesehnen Varietèprogramm ein. Bisher war ein Gastspiel dieses Universalakrobaten nie möglich gewesen, da die alten Bühnenverhältnisse bei weitem nicht ausreichten, um all die Requisiten und Ausstattungsgüter, Tiere usw. zu fassen. Für Freunde echter Varietèkunst sei dieses Gastspiel ganz besonders empfohlen. Karten in den bekannten Vorverkaufsstellen.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Die Randstörungen der Nordmeereszone sind gestern rasch nach Nordosten abgezogen. Auf ihrer Rückseite fielen in unserem Gebiet nur noch geringfügige Niederschläge. Im Bereich des mitteleuropäischen Hochdruckgebietes ist infolge Aufheiterung und harter nördlicher Ausstrahlung die Temperatur beträchtlich gefallen, aber in der Höheebene kam es zu Nachfrösten. Die neue isländische Zyklone hat bereits die Westküste des Kontinents erreicht. Daher wird später auch in Nordbaden stärkere Fröhen eintreffen, während Südbaden unter Föhnlage vorwiegend heiter bleiben wird. Wetterausichten für Freitag, 27. Jan.: Vielfach heiter, tagsüber mild, später, besonders in Nordbaden, Bewölkungszunahme; südwestliche Winde.

Kurze Nachrichten aus Baden

Dr. Heibelberg, 26. Jan. Der allgemeine Studentenausschuss hat gestern auf Antrag der großdeutschen Studentengemeinschaft mit Stimmenmehrheit die Erklärung abgegeben, daß die Heidelberger Studentenschaft sich nach Änderung des Ausländerparagrafen ihrer Verfassung und nach Aufforderung des Vorstandes der deutschen Studentenschaft wieder als Mitglied der deutschen Studentenschaft betrachte. Die Vertreter der freien Hochschulgruppe, der Görresgruppe der Sozialdemokratie erhoben hiergegen Einspruch beim Rektor der Universität mit der Begründung, daß der Beschluß verfassungswidrig sei, weil für ihn die Zweidrittelmehrheit nötig wäre.

Dr. Erbach (Amt Mosbach), 26. Jan. Ein seit 1915 vermählter Sohn der Familie Schott ist am vergangenen Sonntag glücklich aus Rußland zurückgekehrt. Er war 13 Jahre in russischer Gefangenschaft.

Dr. Buggingen, 23. Jan. Das Kalkwerk Buggingen kann in seinen oberirdischen Anlagen nunmehr als ziemlich ausgebaut gelten. Von den beiden Feldern ist das eine, "Baden", ebenfalls fertig, der Ausbau des zweiten Feldes, "Markgräfer", dürfte in einem Vierteljahr soweit sein. Dann kann der Vollbetrieb des Werkes aufgenommen werden.

Dr. Klein-Laufenburg, 24. Jan. In diesem Jahre kann das Kraftwerk Kleinlaufenburg auf sein 20jähriges Bestehen zurückblicken. Das Aktienkapital bestand bei der Gründung aus 18 Millionen M. Interessant ist zu erfahren, daß der ermordete Minister Walter Rathenau dem Gründer-Verwaltungsrat angehörte.

Dr. Bierbrunnen (Amt Baldsbühl), 23. Jan. Bürgermeister Ebner kann dieser Tage auf eine 25jährige Tätigkeit als Bürgermeister der Gemeinden Bierbrunnen-Heubach-Mohr zurückblicken.

Dr. Radolfzell, 25. Jan. Einer der bekanntesten badischen Großindustriellen, der Generaldirektor der Pumpenfabrik G. Allweiler A.-G. hier, Karl Wolf sen., feiert am Samstag, den 28. d. Mts., seinen 70. Geburtstag. Er trat im Jahre 1872 als Schlosserlehrling in den damals noch ganz kleinen handwerksmäßigen Betrieb ein, war dann mehrere Jahre als Schlossergehülfe tätig, und rückte nach seinem Wiedereintritt in die Firma, die ihren Betrieb inzwischen nach Radolfzell verlegt hatte, sehr rasch zum Leiter und Mitinhaber der Firma vor, die ihren glänzenden Aufstieg zu einer Weltfirma zu einem großen Teil seiner Tüchtigkeit zu verdanken hat. Der Betrieb beschäftigt heute circa 600 Arbeiter und Angestellte. Generaldirektor Wolf ist Ehrenbürger unserer Stadt.

Verschiedenes

Ein 50 000 Dollarangebot abgelehnt

WTB. New York, 26. Jan. (Tel.) Von zuktändiger Seite wird gemeldet, daß ein Zusammentreffen zwischen Dr. Pelzer und Lloyd Gahn für den 10. Februar gesichert ist. Zweifel bestehen nur noch über die Länge der Rede, und zwar kommt ein Lauf über 800 oder über 1000 Wards in Betracht. Die amerikanischen Zeitungen nehmen an dem bevorstehenden Wettkampf Dr. Pelzers lebhaftes Interesse. So beschreibt die "Tribune" in einem Leitartikel ausführlich die gesamte leichtathletische Entwicklung Dr. Pelzers. Zum Schluß hebt sie ganz besonders die Tatsache hervor, daß Dr. Pelzer das Angebot eines Unternehmers, der ihm 50 000 Dollars für einen Start anbot, ablehnte.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	26. Jan.		25. Jan.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169.06	169.40	169.01	169.35
Kopenhagen 100 Kr.	112.25	112.47	112.25	112.47
Italien 100 L.	22.195	22.235	22.19	23.00
London 1 Pf.	20.43	20.47	20.424	20.464
New York 1 D.	4.1910	4.1990	4.1900	4.1980
Paris 100 Fr.	16.47	16.51	16.465	16.505
Schweiz 100 Fr.	80.705	80.865	80.72	80.88
Wien 100 S.	59.08	59.20	59.075	59.195
Prag 100 Kr.	12.422	12.442	12.421	12.441

Ein französischer Staatskommissar für die Frankfurter Frühjahrsmesse. Die französische Regierung beteiligt sich offiziell an der Frankfurter Frühjahrsmesse. Vom französischen Ministerium für Handel und Industrie ist nunmehr ein Organisationskomitee dafür gebildet und als Präsident dieses Komitees Herr A. Bertrand-Laguet ernannt worden. Er wird als Staatskommissar alle Vorarbeiten der französischen Industrie und des Handels für die Frühjahrsmesse leiten.

Die alljährliche Ostpreußenschau und Auktion der Landwirtschaftskammer Ostpreußen findet diesmal wieder im Zirkus Busch in Berlin statt, mit folgender Zeitfolge: Sonntag, 29. Januar, vorm. 10 Uhr: Interessentenvorschau, Dienstag, 31. Januar, vorm.: Prämiierung, nachm. 3 Uhr: offizielle Vorführung, Mittwoch, 1. Februar: Auktion. Abends, den 28.-31. Januar werden abteilungsweise die edlen Pferde auch innerhalb des Zirkusprogramms vorgeführt, wofür die

Direktion in entgegenkommender Weise den Inhabern von Dauerkarten zur Ostpreußenschau eine Preisermäßigung von 50 Proz. auf Parkett- und Logenplatz eingeräumt hat.

Staatsanzeiger

Heilfürsorge für die Polizei. Es besteht Veranlassung darauf hinzuweisen, daß sich der Anspruch auf freie ärztliche Behandlung der Familienangehörigen der auf Zeit angestellten Polizei, sowie der Familienangehörigen derjenigen lebenslanglich angestellten Polizeibeamten, denen auf Grund der vorläufigen Übergangsbestimmungen zum Polizeibeamtengesetz (Erlaß vom 3. September 1927 Nr. 98 254 — Gendarmereiverordnungsblatt Seite 71 ff.) Heilbehandlung nach den für die auf Zeit angestellte Polizei maßgebenden Bestimmungen gewährt wird, nur auf diejenigen Arztkosten erstreckt, die durch die kassenärztlichen Berechnungsstellen berechnet werden.

Die bei Aufnahme in eine Privatambulanz oder in ein Krankenhaus entstehenden Arztkosten können auf Antrag in Höhe der Kassenfähige nur dann auf die Staatskasse übernommen werden, wenn der behandelnde Arzt auf Grund eines Vertrags mit dem betr. Krankenhaus berechtigt ist, Privatrechnung zu stellen.

Karlsruhe, den 23. Januar 1928.
Der Minister des Innern:
J. A. Dr. Bard.

Dem Verein zur Erhaltung kirchlicher Baudenkmale in Eßlingen wurde die Erlaubnis zum Losvertrieb in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 21. Januar 1928.
Der Minister des Innern:
J. B. Föhrenbach

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:
Zum Gendarmereikommissar Gendarmereioberwachmeister August Meißner in Redarbischofsheim, Amt Sinsheim.

Gestorben:
Oberlehrer Josef Hellstern in Murg, Amt Säckingen. Kanzeleassistent Franz Gurr.

Bund für Deutsche Familie und Volkstraft

Im großen Saal der städtischen Festhalle
Mittwoch, den 1. Februar 1928, abends 8 1/2 Uhr

Öffentliche Kundgebung für Familie und Ehe

Es sprechen:
Herr Dr. med. G. Wisern, Bielefeld;
Frau Prutenberg-Gonz, Kreuznach, Vorstandsmitglied des Evang. sozialen Kongresses;
Herr Prälat Dr. Preuß, Freiburg, Präsident des Deutschen Caritasverbandes.
An der Orgel: Herr Stadelhofer, Meisterschüler des Badischen Konservatoriums.

Vom 30. Januar ab Eintrittskarten zu 30, 50, 80 Pf., 1 und 2 Mk. einschl. Einlagegeld 79
Buchhandlung Kuntz, Kaiserstraße; Herder, Erbprinzenstraße; Evang. Schriftenvertrieb, Kreuzstraße; Danzeisen & Merkle, Ludwig-Wilhelm-Straße; Bahner, Neffenstraße
Außerdem am 1. Februar an der Abendkasse Festhalle, Westseite



Ostpreußenschau und Auktion

während der landwirtschaftlichen Woche
am 29. und 31. Januar und 1. Februar in Berlin

im Zirkus Busch

Sonntag, den 29. Januar, vormittags 10 Uhr: Interessentenvorschau
Dienstag, den 31. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr: Prämiierung
Mittwoch, den 1. Februar, 10 Uhr vormittags: Auktion

Landwirtschaftskammer für die Provinz Ostpreußen

Nehmen Sie

Bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“

Vergebung von Balzararbeiten

Die Badische Wasser- und Straßendirektion in Karlsruhe vergibt gemäß Verordnung des Finanzministeriums über das Verdingungsverfahren vom 22. Juli 1922

in öffentlichem Wettbewerbsverfahren die Ausführung der Balzararbeiten auf den badischen Landstraßen in 16 Losen. Die Bedingungenunterlagen können von uns gegen Voreinsendung des Betrages von 2 Mk bezogen werden. Angebote mit der Aufschrift „Balzararbeiten 1928“ sind bis längstens Freitag, den 10. Februar 1928, vormittags 10 Uhr, verschlossen und portofrei bei uns einzureichen, zu welchem Zeitpunkt die Öffnung der eingelaufenen Angebote stattfindet. R. 401
Zuschlagsfrist eine Woche.

Mitte Februar erscheint:

Handbuch für die Gendarmerie und Polizei Badens

Herausgegeben mit Ermächtigung des Ministeriums des Innern von **HERMANN JUNG** Regierungsrat im Badischen Ministerium des Innern etwa 240 Seiten 5 Mk

Bei Vorausbestellungen wird ein Vorzugspreis eingeräumt. Das in Ganzleinen gebundene Handbuch gibt in alphabetisch geordnetem Stichwortverzeichnis alle die Vorschriften und Bestimmungen und deren Quellen, die der Polizei- und Gendarmereibeamte als Sicherheitsbeamter und als Hilfsbeamter der Staatsanwaltschaft in Baden kennen muß, und deren Wissen ihm im Dienst jeden Augenblick nötig werden kann. Es bildet als Lehr- und Nachschlagebuch für die Handhabung des täglichen Dienstes der Sicherheitsbeamten ein leichtverständliches und erschöpfendes, die Richtlinien seines dienstlichen Handelns bezeichnendes Auskunftsmittel. Auch für die Bürgermeister der kleineren Gemeinden, denen die Ausübung der gemeindlichen Ortspolizei übertragen ist, wird die Arbeit des bekannten Referenten im Bad. Innenministerium (Verfassers der bekannten Erläuterungen zur Dienstweisung für die Gemeindepolizei) ein unentbehrliches Hilfsmittel sein.

VERLAG G. BRAUN, KARLSRUHE

Bitte ausschneiden und einschicken
Unterzeichneter bestellt unmittelbar vom Verlag G. Braun in Karlsruhe
Ex. Jung: Gendarmerie - Polizei - Handbuch (5 Mk) zum Vorzugspreis von 4,40 Mk
Name
Ort
Straße

Die Bekämpfung der Fastnachtsausfahrten.

Auf Grund der §§ 30, 59, 63 des Polizeistrafgesetzbuches und des § 360 Ziffer 11 Reichsstrafgesetzbuch wird zur Verhütung von Ausschreitungen zum Schutze des Publikums, sowie zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit folgende

Ordnung
für die Städte Karlsruhe und Durlach getroffen:
I. Öffentliche karnevalistische Umzüge bedürfen der vorherigen Erlaubnis der Polizeidirektion.
II. Für Fastnacht - Sonntag, Montag und Dienstag ist verboten:

- a) das Tragen von Gesichtsmasken auf öffentlichen Straßen und Plätzen in den Städten Karlsruhe und Durlach,
- b) das Gesicht bis zur Unkenntlichkeit zu bemalen oder zu vermicumen.

Die vorstehenden Verbote finden auf solche Umzüge der Karnevalgesellschaften, die polizeilich genehmigt sind, erst dann Anwendung, wenn sich dieselben aufgelöst haben.

Das Verbot bezieht sich nicht auf Kinder unter 14 Jahren.

III. Für die Zeit bis Ächermittwoch: Das Konfettiverfen und das Werfen von Knallperlen auf öffentlichen Straßen und Plätzen, sowie in Wirtschaften wird untersagt. Außerdem wird auf folgende Vorschriften, Anordnungen und Verbote besonders hingewiesen:

- 1. Geistliche Kleidung und Uniformen der Polizei, des Heeres und der Marine dürfen nicht getragen werden.
- 2. Beistellungen von Passanten, insbesondere weiß-

licher Personen, sowie der Gebrauch von Federweiden wird als grober Unfug bestraft.

3. Das Einsammeln von Geld durch umherziehende Musikanten und maskierte Personen wird als Bettel bestraft.

4. Das Behängen der Quer- und Stromleitungsdrahte der elektrischen Straßenbahn mit Papierschnitzarbeiten und dgl. ist verboten.

5. Die Verübung ruhestörender Lärmes mit Trompeten, Schalmeyen und ähnlichen Instrumenten am Fastnacht-Sonntag in der Umgebung von Kirchen während der Abhaltung von Gottesdiensten ist strafbar.

6. Das Mitführen lebender Tiere durch einzelne Masken bei Fastnachtveranstaltungen in geschlossenen Räumen und auf öffentlichen Straßen und Plätzen ist verboten.

Zu widerstandlichen gegen die vorstehende Anordnung werden nach den einschlägigen Bestimmungen des Reichsstrafgesetzbuches, Polizeistrafgesetzbuches und der Straßenpolizeiverordnung bestraft. M. 402
Karlsruhe, den 19. Januar 1928. D.-B. 5
Bezirksamt. — Polizeidirektion C.

Das Stoffamt der Reichsbahndirektion Karlsruhe versteigert Dienstag, 31. 1. 28, 8 Uhr beginnend gegen Barzahlung im Gerätehauptlager Karlsruhe alter Personenbahnhof, Eingang Ruppurrerstr. alte Geräte, darunter eiserne Schränke, Werkbänke, Hobelbänke, Schraubstöcke, Binden, Zeichentischbänke, Dezimalwaagen, Debezuge, Fische, Bänke, Spiegel, Koffhaar, Abfallholz, Almetalle, eine Schreibmaschine, Feilen, Schloßer- und Schneidwerkzeuge. R. 397



Badisches Landestheater

Freitag, 27. Januar 1928
* F 17 Th. - Gem. 701 - 800 und 901 - 1000

Akkan oder: Die gelbe Rose

von Kornfeld
In Szene gesetzt von Felix Baumbach

- | | |
|-------------|---------------|
| Frau Samson | Flegler |
| Erka | Berkam |
| Schiroga | Brüder |
| Julius | Schulz-Weiden |
| Bierfuß | Göder |
| Gräfin | Ermarth |
| Schumpeter | Gemmede |
| Kummer | Brand |
| Katterer | von der Trend |
| Mantl | Müller |
| Samson | Dahlen |
| | Kienischer |
- Anfang 20. Ende 22 1/2
I. Rang u. I. Sperrsitz 5 Mk
So. 28. Jan. Uraufführung:
Nora und Alke. So. 29. Jan.
Nachmittags: Nag u. Morik.
Hierauf: Die Puppenfee.
Abends: Die Nacht des Schicksals.
Im Koncert: Zum erstenmal: Der Hezer.

COLOSSEUM

Waldstraße 16
Telephon 5599

Bis 1. Februar täglich

Die große REVUE Das lebende Magazin

Zuschlagsfrist, zugleich Einbestellung des Bieters läuft ab am 20. Februar 1928.
Lörrach, 24. Februar 1928.
Bezirks-Bauamt.